

## Vorbericht 2011

Als Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011 dient auch in diesem Jahr die vollständige Haushaltsrede von Bürgermeister Thomas Groll. Damit soll gewährleistet werden, dass sämtliche Amts- und Mandatsträger frühzeitig einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation der Kommune erhalten.

### **„Gemeinsam stellen wir uns den Herausforderungen und gestalten Neustadts Zukunft – in dieser Legislaturperiode und darüber hinaus!“**

Der **18. März 2006** war der Tag der letzten Kommunalwahlen in Hessen. In wenigen Monaten geht die fünfjährige Legislaturperiode nun zu Ende. Am **27. März 2011** sind die Bürgerinnen und Bürger daher aufgerufen, neu über die Zusammensetzung der kommunalen Vertretungskörperschaften zu entscheiden.

**In unserer Stadt sind neben der Stadtverordnetenversammlung die Ortsbeiräte in Mengsberg, Momberg, Speckswinkel und erstmals auch in Neustadt zu wählen. Die Einrichtung eines Ortsbeirates für Neustadt war und ist nicht unumstritten, dessen bin ich mir wohl bewusst.** Aber warum soll in Neustadt nicht auch das gelingen, was in Mengsberg, Momberg und Speckswinkel seit 1974 gut funktioniert? Eine Vielzahl von Maßnahmen wäre über fast vier Jahrzehnte hinweg aufzuzählen, bei denen immer wieder die Ortsvorsteher als „Motor“ fungierten und die Bevölkerung deren positivem Beispiel folgte und sich aktiv einbrachte. Falsch wäre es in meinen Augen daher, bereits von Beginn an nur negativ über dieses neue Gremium zu denken und zu reden. Es hat eine Chance verdient. Wir sollten sie ihm alle gemeinsam geben.

**Ein Ortsbeirat für Neustadt hat für mich im Übrigen nichts mit Ortsteildenken zu tun.** Solches kommt allerdings leider in manchen Äußerungen dieser Tage über die Neustädter Kirmes und das 33. „Neustadt-in-Europa“-Treffen zum Ausdruck.

Was die **Kritik an der Trinitatis-Kirmes** angeht, so sehe auch ich durchaus Handlungsbedarf. Allerdings stellen die Ergebnisse der diesjährigen Kirmes wegen Hessentag, Fußball-WM, Terminverschiebung und Witterung keinen Maßstab dar. In 2011 sind wir noch vertraglich an Brauerei, Festwirt und Schausteller gebunden. Es ist aber mein Ziel, bei unserem traditionellen Heimatfest ab 2012 grundlegende Veränderungen vorzunehmen. Dies gilt sowohl für das Programm, als auch die Organisationsstruktur.

Die **Kritik am „Neustadt-Treffen“ 2011** betrübt mich. Ich sage es nochmals: Das „Neustadt-Treffen“ ist ein Fest für unsere gesamte Stadt! Auch die Vereine aus den Stadtteilen sind selbstverständlich eingeladen, aktiv das Programm mitzugestalten. Es freut mich deshalb, dass es hier bereits zahlreiche positive Rückmeldungen gibt. Zerreden wir diese Veranstaltung nicht im Vorfeld, sondern sehen sie als eine Chance an, Gemeinschaftsstrukturen zu stärken und Bürgersinn zu entwickeln. Erinnern Sie sich noch daran, wie kritisch zunächst der Hessentag in Stadallendorf gesehen wurde und mit welcher Freude man dann schließlich gefeiert hat? Wer den Ansatz von rund 80.000,- Euro für diese Veranstaltung im Ergebnishaushalt betrachtet, möge bitte berücksichtigen, dass wir seit 2006 alljährlich 15.000,- Euro angespart haben und mit erheblicher finanzieller Unterstützung von Sponsoren rechnen dürfen, die von den Ausgaben natürlich in Abzug gebracht wird.

Es ist richtig und wichtig, die jeweiligen örtlichen Besonderheiten von Neustadt, Mengsberg, Momberg und Speckswinkel zu bewahren, aber **man darf dabei nicht in bloßes Ortsteildenken verfallen** und das

Gesamte –unsere Stadt Neustadt (Hessen)- aus den Augen verlieren. Hier sind die Mandatsträger in Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Ortsbeiräten in besonderer Weise in der Verantwortung.

**Im Jahre 2006 machten nur rund 48 % der Bürgerschaft von ihrem Wahlrecht bei der Kommunalwahl Gebrauch.** Dies ist eine Zahl, die uns alle nachdenklich stimmen muss. In anderen Ländern kämpfen die Menschen noch heute um ihr demokratisches Wahlrecht. Bei uns hingegen nutzen es viele nicht.

Worin liegt diese bedauerliche Entwicklung – die uns bei weitem nicht nur in Neustadt (Hessen) begegnet – begründet? Ist es die Unzufriedenheit mit der Bundes- oder Landespolitik? Ist es Unzufriedenheit mit den Entscheidungen auf kommunaler Ebene? Ist es Desinteresse oder Gleichgültigkeit?

Eine allgemeinverbindliche Antwort für diese fatale Entwicklung zu finden, ist meiner Auffassung nach nicht möglich. **Ich glaube, dass es leider vielen schlichtweg egal ist, was um sie herum passiert.** Man meckert zwar gerne über Entscheidungen, ist aber nicht bereit, am Wahltag die kleine Mühe auf sich zu nehmen und seine Stimme abzugeben und auf diese Weise Einfluss auf die politischen Geschehnisse zu nehmen, geschweige denn sich aktiv einzubringen. Kritisieren ist leicht, selbst mitmachen wäre aber gefragt.

**Alle Parteien und Wählergruppen können ein Lied davon singen, wie schwer es ist, Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl im kommenden März zu gewinnen.** Dabei kann man irgendwo direkter Einfluss auf Entscheidungen nehmen, als in der Kommunalpolitik. Auf keiner anderen staatlichen Ebene hat man diesen regelmäßigen persönlichen Kontakt zu den Entscheidungsträgern. Man kann sie ansprechen, Ideen und Kritik vortragen, in der Familie, im Bekanntenkreis oder dem Verein. Natürlich müssen sich die Verantwortlichen dieser Diskussion auch stellen und zu den von ihnen getroffenen Entscheidungen stehen und sie bei Bedarf erklären. Schließlich gab es ja gute Gründe für ihr Votum in der Stadtverordnetenversammlung.

**Es bleibt zu hoffen, dass am 27. März 2011 deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als dies im Jahre 2006 der Fall war.**

**Sie sollten sich von der Erkenntnis leiten lassen, dass es um die Zukunft ihrer Heimatstadt geht.** Nicht um mehr, aber eben auch nicht um weniger! Aufgabe der Parteien und Wählergruppen ist es, durch einen fairen und interessanten Wahlkampf politische Werbung für den Urnengang zu betreiben.

In meinen Augen ist eine hohe Wahlbeteiligung zugleich auch eine Wertschätzung für diejenigen Frauen und Männer, die bereit sind, sich für die Allgemeinheit zu engagieren. Für ihre Arbeit ist es wichtig, dass sie von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wird.

**Seit Beginn der Legislaturperiode 2006 bis 2011 haben die Stadtverordnetenversammlung, der Magistrat und die Ortsbeiräte nach meiner Einschätzung gute Arbeit für unsere Stadt geleistet. In diese Feststellung schließe ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommune ausdrücklich mit ein.**

Sachorientiert ging man an die jeweiligen Aufgabenstellungen heran und war bestrebt, einvernehmlich Lösungen zu finden. Dies gilt auch für so genannte unpopuläre Entscheidungen, wie beispielsweise die Anhebung von Gebühren oder den Straßenbau. Kommunalpolitik kann sich eben nicht nur an den Interessen Einzelner orientieren, sondern muss stets die Gesamtheit sehen.

**Es erfüllt mich mit Zufriedenheit, dass in den letzten Jahren wohl 99 % aller Entscheidungen einstimmig in diesem Haus getroffen werden konnten.** Dies spricht dafür, dass ein hoher Konsens unter den Fraktionen über die Zukunftsfragen unserer Heimatstadt gegeben ist. Vergessen wir nicht, dass es dabei manche harte Nuss zu knacken galt. Ich nenne hier nur die Konversion der Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne, die Entscheidung zum Neubau der Kindertagesstätte „Regenbogen“ und die heute verabschiedete Neufassung

der Abfallsatzung. Dieses gute Miteinander bestärkt mich in der Hoffnung, dass es uns auch bei der Neuordnung der Stromversorgung gelingen kann, einvernehmlich eine Entscheidung zu treffen.

Durch konstruktive Gespräche im Vorfeld anstehender Beschlüsse und die inhaltliche Aufbereitung der Thematik durch die Verwaltung konnte unser „kleiner Segler Neustadt“ manche Klippe erfolgreich umschiffen. Obwohl es seit der Kommunalwahl 2006 klare Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung gibt, gelang es doch stets, alle in die Entscheidungsfindung einzubinden und jeder war bestrebt, das Beste für unsere Kommune zu erreichen. Für sogenannte „Schaufensterreden“ war kein Platz.

**In dieser Legislaturperiode wurde fürwahr viel erreicht. Es scheint mir nicht übertrieben zu sein, wenn ich feststelle, dass die in den vergangenen fünf Jahren umgesetzten Projekte sich äußerst positiv für Neustadt ausgewirkt haben und dies auch zukünftig tun werden.**

In meinen Haushaltsreden verwendete ich immer wieder das Bild des „kleinen Seglers Neustadt“, um die aktuelle Situation zu beschreiben. Zusammenfassend kann man sagen, dass wir trotz manchen Sturms sicher den Hafen erreicht haben. Die Herausforderungen der fünfjährigen Regatta wurden gemeistert und Erfolge erzielt.

Lassen Sie mich diese Behauptung nachfolgend mit Beispielen untermauern. Mancher von Ihnen könnte jetzt denken, dass es sich hier bloß um eine Wiederholung bereits längst bekannter Sachverhalte handelt oder die Auffassung vertreten, das eine solche Betrachtung nichts oder nur wenig mit einer Haushaltsrede zu tun hat. Diese Meinung teile ich aber nicht. **Haushaltsreden sind für mich nämlich mehr als das bloße aneinanderreihen von Zahlen. Sie sollten viel mehr eine Standortbestimmung der Kommune aus Sicht des Bürgermeisters darstellen.** Ich finde es daher sehr wohl angebracht, am Ende einer Legislaturperiode auch nochmals auf das Erreichte einzugehen. Leider vergisst man nämlich Positives im Laufe der Zeit allzu schnell und erinnert sich nur an negative Geschehnisse. Ich verstehe diese Aufzählung zugleich auch als Botschaft an unsere Bürgerschaft. Manch einer behauptet ja gern, dass sich in Neustadt und seinen Stadtteilen nichts oder nur wenig tue. Überzeugen wir solche Kritiker mit unserer gemeinsamen Leistungsbilanz 2006 – 2011.

Beginnen wir unseren Rückblick mit der alsbald auslaufenden **Altstadtsanierung**. Markt-, Turm- und Ritterstraße wurden grundlegend umgestaltet, der „Bayerische Hof“ saniert und der Rabenauplatz erhielt ein neues Gesicht. Das marode „Deutsche Haus“ wurde abgerissen. Das Diakoniezentrum Hephata wird im kommenden Frühjahr damit beginnen, einen Neubau zu errichten. Die Ausschreibungen werden derzeit auf den Weg gebracht. Dach und Dachkonstruktion von Rathaus und Rathausnebengebäude wurden umfassend saniert. Wir beschlossen ein Förderprogramm zur Nutzung von Altbausubstanz und brachten ein Leerstandsmanagement auf den Weg. Für mich sind dies wichtige Instrumentarien gegen eine Verödung der Kernbereiche.

Richten wir unseren Blick nun auf die laufende **Dorferneuerungsmaßnahme** im Stadtteil **Momberg**. Dort wurde der Kirchplatz neu gestaltet, der Festplatz u. a. mit einer Pflasterung versehen und das Dorfgemeinschaftshaus umfassend saniert.

Beide Förderprogramme haben sich äußerst positiv für unsere Kommune ausgewirkt. Rund 2 Mio. Euro Zuschüsse wurden gut angelegt. Zudem lösten die Programme erhebliche Privatinvestitionen aus. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir auch zukünftig von solchen Programmen profitieren. Dabei ist mir bewusst, wie schwierig dies aufgrund der Haushaltslage des Landes bzw. auch unserer eigenen Finanzen sein wird.

Einen besonderen Schwerpunkt der kommunalpolitischen Arbeit dieser Legislaturperiode nahm die **Frage der Kinderbetreuung** ein. Im Kindergarten „Sonnenschein“ wird die fünfte Gruppe seit Januar 2008 genutzt und eine sechste Gruppe zur Aufnahme von 15 Kindern unter drei Jahren wurde errichtet. Das Bad des

Kindergartens Mengsberg wurde erneuert. Dort wurde zudem ein neuer Zaun errichtet. Der Kindergarten Momberg erhielt ein neues Dach. Die Öffnungszeiten sämtlicher kommunaler Kindergärten wurden flexibler gestaltet und ausgeweitet. Im Kindergarten „Sonnenschein“ gibt es mittlerweile ebenso wie in der Kindertagesstätte „Regenbogen“ eine Mittagsverpflegung. Getreu dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ möchte ich alle unsere Kindergartenstandorte, solange es irgendwie möglich und finanziell vertretbar ist, erhalten. Gemeinsam mit Ihnen möchte ich die neu zu errichtende Kindertagesstätte „Regenbogen“ mittelfristig zu einem Familienzentrum ausgestalten. Auch der Neubau der Bücherei wird hierbei einzubeziehen sein. Dieser eröffnet zudem neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der „Martin-von-Tours“-Schule.

In Neustadt und Mengsberg entstanden **neuer Kinderspielflächen**. Der Kleinkinderspielfläche im Bürgerpark wurde dank einer privaten Spende grundlegend umgestaltet.

Gemeinsam entwickelten wir **Ideen für die Zukunft unserer Stadt** und stärkten das **bürgerschaftliche Engagement**. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Gründung der Region Herrenwald und das dazugehörige Regionale Entwicklungskonzept, das Stadtentwicklungsgutachten, den eingeleiteten Demographiedialog oder auch das bevorstehende „SILEK“ und die bei der TouR GmbH in Auftrag gegebene Radwegeplanung. Wenn man nun aus Wiesbaden hört, dass die Erstellung eines Stadtentwicklungsgutachtens Grundvoraussetzung für die Aufnahme in zukünftige Förderprogramme des Landes sein soll, so haben wir auch hier bereits in die Zukunft investiert. Mir ist ganz wichtig, dass wir keine Konzepte für den Papierkorb entwickeln. Mag das Umsetzen mancher Planung aufgrund der fehlender finanzieller Mittel auch länger dauern als von uns ursprünglich erhofft, so muss uns doch der Wille einen, im Rahmen des Machbaren aktiv zu werden, um „das Neustadt der Zukunft“ zu gestalten. Manche Idee des Stadtentwicklungsgutachtens könnten wir beispielsweise auch mit bescheidenen Mitteln und im Wege von Eigenleistung – sei es durch den städtischen Bauhof oder ehrenamtlich Tätige – umsetzen. Was wir uns in den nächsten Jahren aufgrund fehlender Mittel nicht leisten können, muss eben verschoben werden. Gute Ideen vertragen durchaus auch eine gewisse Wartezeit. Wenn sich die Finanzen in hoffentlich nicht allzu weiter Ferne einmal erholt haben, dann können wir bereits auf Vorplanungen zurückgreifen und relativ schnell reagieren.

Insbesondere Fragen der Stadtentwicklung werden es sein, die uns auch in Zukunft in vermehrtem Maße fordern werden. Ich denke hierbei insbesondere an den **Umgang mit den Ortskernen**, aber auch die **Frage der Ausweisung neuer Bauflächen**. Hier gilt für mich der Grundsatz, dass kleine Lösungen großflächigen Baugebieten eindeutig vorzuziehen sind. Diesbezüglich befinden wir uns aktuell in einem Sondierungsprozess mit der Hessischen Landgesellschaft. Im Umkehrschluss heißt dies, dass man der Überlegung nahetreten sollte, ein großflächiges Baugebiet wie die „Hundskaute“ nicht wie einstmals angedacht weiter zu verfolgen.

Die Idee einer **„neuen Mitte für Speckswinkel“** möchte ich gemeinsam mit Ortsvorsteher Stahl nach wie vor vorantreiben, auch wenn es hier trotz enger Zusammenarbeit mit der HLG aufgrund der Passivität eines Eigentümers noch keinen Durchbruch gab.

Mit Ortsvorsteher Kurz richte ich den Blick auf Mengsbergs Teilnahme am Wettbewerb **„Unser Dorf hat Zukunft“** im kommenden Jahr. Aus diesem Grunde schlägt der Magistrat auch vor, die Dorfverschönerungsmittel für Mengsberg 2011 einmalig von 1.600,- Euro auf 5.000,- Euro anzuheben.

Das **Konjunkturprogramm II** wurde in den Jahren 2009 und 2010 engagiert abgearbeitet. Es ermöglichte uns vorrangig die Umsetzung notwendiger, aber bisher teilweise aufgeschobener Vorhaben der energetischen Sanierung bei öffentlichen Liegenschaften. Die durchgeführten Maßnahmen werden sich bei den Energiekosten positiv bemerkbar machen. Im Haushalt 2011 – sie werden es bei dessen Durchsicht erkennen – haben wir hier noch sehr vorsichtig kalkuliert, hoffen aber natürlich, die Ansätze unterschreiten zu können.

Ausgehend vom **Klimaschutzgutachten** schlagen wir Ihnen im Übrigen im Finanzhaushalt einen Ansatz von 7.500,- Euro vor, um weitere kleinere Maßnahmen umsetzen zu können und auf diese Weise zusätzliche Einsparungen zu erzielen.

Im Rahmen einer stärkeren **interkommunalen Zusammenarbeit** wurden erste Schritte eingeleitet. Ich denke hier an unsere Mitgliedschaft im Rotkäppchenland, das Mitwirken in der Wirtschaftsregion MarburgPlus, gemeinsame Projekte mit unserer Nachbarstadt Stadtallendorf – hierzu gehört auch das gemeinsame Vorgehen bei der zukünftigen Stromversorgung in diesen Wochen -oder an das mit Amöneburg beauftragte Klimaschutzgutachten und die Zusammenarbeit im Rahmen der Charta „100 Kommunen für den Klimaschutz“.

Auf eine geänderte **Bestattungskultur** haben wir ebenfalls reagiert. In der Kernstadt wurde auf dem Friedhof eine Urnenwand errichtet und der Bau einer nächsten steht bereits 2011 bevor. Zudem gibt es ein anonymes Urnenfeld.

Die **Konversionsmaßnahme Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne** wurde vorangetrieben. In kürzester Zeit schuf die Kommune die notwendigen bauplanungsrechtlichen Grundlagen. Der BImA gelang es, den größten Teil der freigezogenen Flächen zu vermarkten. Zwischenzeitlich haben die Erschließungsarbeiten begonnen.

Wer bürgerschaftliches Engagement einfordert, muss die Bürgerinnen und Bürger mittels einer **aktiven Öffentlichkeitsarbeit** informieren. Unsere Homepage wird Eigenleistung stetig modernisiert und regelmäßige Presseberichte unterrichten über die Geschehnisse in der Kommune.

Schritt für Schritt arbeiten wir daran, die **Stadtverwaltung zu modernisieren**. Das Einwohnermeldeamt wurde in zwei Büros aufgeteilt und damit Wartezeiten verringert; ein Bürgerbüro eingerichtet. Die notwendigen Daten für den Einsatz des Geographischen Informationssystems (GIS) wurden von uns als einer der letzten Kommunen im Kreis erworben. Die Anwendung erleichtert den Mitarbeitern vieles. Zudem arbeiten wir daran, dass sogenannte „Bürger-GIS“ weiter auszubauen. Im Hauptgebäude des Rathauses wurden bei den notwendigen Deckenarbeiten Synergien genutzt und die Büros nach über drei Jahrzehnten saniert. Es ist wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über moderne Arbeitsplätze verfügen. Aus Gründen der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers enthält der Haushalt 2011 einen Ansatz von 10.000,- zur Sanierung der Toilette und des Nasszellenbereiches im Nebengebäude.

Auch in Zeiten knapper Kassen war es unser gemeinsames Ziel, das **kulturelle Leben** zu fördern, die **Vereine zu unterstützen** und das **Stadtbild weiter zu verschönern** sowie **die Gestaltung des Bürgerparks** weiter zu verbessern und ihn durch Veranstaltungen mit Leben zu erfüllen. Mancher fragt sicher: Muss das sein? Gibt es hier nicht Sparpotential? Ich halte entgegen: Wird gerade durch solche „weiche Standortfaktoren“ nicht vermehrt über Neustadt gesprochen und berichtet? Hat sich nicht die Wahrnehmung unserer Stadt in der Region dadurch positiv verändert? Es gibt viele positive Rückmeldungen, die diese Einschätzung bestätigen. Vergessen wir zudem nicht, dass die diesbezüglichen Ausgaben jährlich weniger als 1 % des Ergebnishaushaltes ausmachen.

Die **Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren** wurde stetig erneuert. Wir wissen, was wir an den Feuerwehrfrauen und –männern haben und danken ihnen ausdrücklich für ihren Dienst. Auch im Haushalt 2011 haben wir Ansätze vorgesehen, um die Ausrüstung der Wehren auf dem notwendigen Stand zu halten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das große Engagement der Fördervereine der Feuerwehren, aber auch des Fördervereins Bürgerpark, des Fördervereins Hallenbad und des Fördervereins für die Integrierte Gesamtschule hervorheben. Ich hoffe, dass es auch dem neu gegründeten Förderverein für die Kindertagesstätte „Regenbogen“ gelingt, erfolgreich zu arbeiten. Die ersten Gehversuche sind jedenfalls sehr erfolgsversprechend.

Im Rahmen der **kommunalen Jugendarbeit** wurde das Projekt „Aufsuchende Jugendarbeit“ gestartet, auf dessen Fortführung im kommenden Jahr ich hoffe. Noch liegt hierzu keine Antwort aus Wiesbaden vor. Über die zukünftige Gestaltung der kommunalen Jugendarbeit werden wir 2011 gemeinsam nachzudenken haben. Ich denke, dass Sie die Notwendigkeit von Veränderungen ebenso sehen wie ich.

In der **Seniorenarbeit** werden neben dem Angebot der VHS regelmäßig Spielenachmittage durchgeführt. Das Themenfeld „Seniorenarbeit“ werden wir zukünftig verstärkt bearbeiten müssen. Hierzu gehört für mich beispielsweise auch die Möglichkeit zum betreuten Wohnen. Durch die Übernahme der Seniorenwohnanlage „Wiesenhof“ durch Hephata hoffe ich hier auf ein Vorwärtskommen in absehbarer Zeit.

In den vergangenen fünf Jahren wurde der **innerörtliche Straßenbau** weiter vorangetrieben. Das Gutachten des Landesrechnungshofes aus dem Jahre 2003 zeigte uns die bestehenden Notwendigkeiten auf. Ich bin mir wohl bewusst, dass diese Maßnahmen bei den betroffenen Anliegern –die hierfür schließlich erhebliche Beiträge zu zahlen haben- nicht auf ein ungeteilt positives Echo gestoßen sind. Es war allerdings in diesem Hause unumstritten, dass diese Vorhaben nötig sind. Dies kommt in den jeweils einstimmigen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung zu der „Prioritätenliste Straßenbau“ zum Ausdruck.

Für Sanierungsarbeiten im „**Haus der Begegnung**“ wurden rd. 300.000,- € aufgewandt. Dieser Betrag fand vorrangig in der Haustechnik und dem Brandschutz Verwendung.

Auch in das **städtische Freibad** und das **Hallenbad im Stadtteil Mengersberg** wurden wieder Gelder investiert.

Das „**Waldstadion**“ wurde (teil-)saniert. Hiervon profitieren der Vereinssport und die Schule. Im Übrigen zahlt der Landkreis hierfür eine Nutzungspauschale, die sich auf rund 8.000,- Euro jährlich beläuft.

Auch über diese Projekte bestand zwischen den Fraktionen Konsens.

**Man mag sich darüber streiten, ob es in der heutigen Zeit angebracht ist, solche Bäder, Sportstätten oder Gemeinschaftshäuser zu unterhalten. Ich möchte allerdings darauf verweisen, dass es in meinen Augen sehr wohl zur Lebensqualität im ländlichen Raum gehört, solche Einrichtungen anzubieten.** Die Betrachtung muss hier durchaus eine andere sein als in den Ballungsräumen, wo man aus dem Umland schnell und mit einem gut ausgebauten ÖPNV ins Zentrum kommt, wo diese Einrichtungen dann zentral vorgehalten werden. Ich würde es allerdings für richtig befinden, wenn Kommunen im ländlichen Raum, die über solche Einrichtungen nicht verfügen und deren Einwohner etwa nach Neustadt ausweichen, an den Unterhaltungskosten beteiligt würden. Dies sollte bei einer Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs unbedingt bedacht werden.

**Natürlich muss man bereits heute aufpassen, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht stetig größer wird. Eine attraktive Wohnstadt braucht aber entsprechende Angebote im Bereich der Betreuung und der Freizeitgestaltung. Dies heißt natürlich nicht, dass man hier wahllos investieren kann.** Jedes Vorhaben muss für sich betrachtet und in allen Einzelheiten hinterfragt werden. Dies gilt beispielsweise auch für eine in wenigen Jahren anstehende Sanierung des Freibades. Den groben Kostenrahmen können Sie den investiven Ansätzen der Folgejahre entnehmen.

Nicht unerwähnt lassen will ich auch die in den letzten Jahren angeschafften **Gerätschaften für den städtischen Bauhof**. Sie steigern dessen Leistungsfähigkeit.

Vergessen sollten wir bei unserem umfassenden Rückblick auch nicht die **Unwetterereignisse der letzten Jahre**. Gleich ob Windwurf oder Hochwasser – die Feuerwehren und der städtische Bauhof erledigten mit großem Einsatz ihre Aufgaben. Zudem konnten wir Beispiele guter Nachbarschaft erleben.

Verstärkt richteten wir unseren Blick auf den **Umweltschutz und den Einsatz regenerativer Energien**. Für das Wasserschutzgebiet in Speckswinkel wurde ein Kooperationsabkommen mit den betroffenen Landwirten abgeschlossen. Der Einsatz regenerativer Energien bei städtischen Einrichtungen wurde forciert und soll weiter ausgebaut werden.

Im **Gewerbegebiet „Am Gelicht“** sind zumindest zwei Neuansiedlungen zu verzeichnen.

Für den Bereich des Einkaufszentrums **„Am Kaufpark“** wurde eine Änderung des Bebauungsplanes beschlossen, wodurch weitere Ansiedlungen ermöglicht würden. Leider hat der Investor, der hierauf seinerzeit stark drängte, diese Möglichkeit bisher nicht genutzt.

Für die **Park- und Ride-Anlage am Bahnhof** haben wir erste Beschlüsse auf den Weg gebracht. Hier ist allerdings noch nicht alles gelungen, was wir uns vorgenommen haben. Es ist ein „bohren dicker Bretter“, um mit der Deutschen Bahn voranzukommen. Derzeit befinden wir uns in den Grundstücksverhandlungen. Nach dem Vorliegen konkreter Zahlen werden wir die Gremien informieren. Es ist dann die Grundsatzentscheidung „pro“ oder „contra“ Park- und Ride-Anlage zu treffen. Dass diese wünschenswert wäre steht für mich fest, aber wir müssen natürlich auch die Finanzierung des Projektes im Auge behalten., selbst wenn wir hierfür eine GVFG-Förderung erhalten.

In den kommenden Jahren werden wir – auch bei entsprechender Kofinanzierung durch Dritte - eben nicht alle Projekte umsetzen können, die auf der Agenda stehen. Es wird daher eine Prioritätenreihung vorzunehmen sein. Dabei müssen wir gesetzlichen Pflichtaufgaben und Unterhaltungsmaßnahmen Vorrang einräumen.

Auch die Zusammenarbeit mit der Telekom beim Aufbau einer leistungsfähigen **DSL-Versorgung** für Mengersberg und Speckswinkel gestaltete sich langwierig und schwierig. Die Umsetzung steht aber nun unmittelbar bevor. Die Kommune wendet hier rund 14.000,- Euro auf, um ein Stück Chancengleichheit für den ländlichen Raum zu gewährleisten. Es stellt sich wohl nicht nur mir die Frage, ob für diese Aufgabe nicht andere zuständig wären.

**Alles das, was ich Ihnen vorgetragen habe, lässt sich in die nachfolgenden drei Zielsetzungen einordnen, die ich anlässlich meiner Amtseinführung formulierte:**

**Neustadt soll die Stadt sein, wo Jung und Alt sich wohlfühlen.**

**In Neustadts Zukunft soll sinnvoll investiert werden.**

**Neustadt soll sich als kinder- und familienfreundliche Stadt weiter entwickeln.**

Gemeinsam haben alle Verantwortlichen in Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Ortsbeiräten mit tatkräftiger Unterstützung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit der Kommunalwahl 2006 in diesen Bereichen vieles erreicht, wer wollte dies ernsthaft bestreiten?

Genauso klar ist aber, dass es nach wie vor noch Handlungsbedarf in diesen Themengebieten und auch darüber hinaus gibt.

Man könnte es plakativ wie folgt zusammenfassen: **„Viel getan, viel zu tun!“**

Dies gilt insbesondere für die **Unterhaltung unserer städtischen Liegenschaften**. Hier wurden wie bereits ausgeführt gerade in den letzten Jahren beachtliche Mittel investiert.

Wir müssen aber auch weiterhin alles tun, damit es hier zu **keinem Sanierungsstau** kommt. Dies wird für dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation eine **„Herkulesaufgabe“**. Was wir nicht kurz- oder mittelfristig an Geldern einsetzen können, wird sich langfristig teuer bezahlt machen.

Ab **2012** wollen wir beispielsweise erhebliche Mittel in das **„Haus der Begegnung“** und das **Feuerwehrhaus Momberg** investieren. Die Bewilligungsbescheide über eine Förderung in Höhe von 50 % liegen bekanntermaßen bereits vor. Auch diese Maßnahmen müssen wir natürlich vor dem Hintergrund der Finanzen nochmals auf einen kritischen Prüfstand stellen. Wenn wir aber davon ausgehen, dass wir für das „Haus der Begegnung“ keinen anderen Betreiber als die Kommune finden werden und die Notwendigkeit dieser Einrichtung für unsere Kommune bejahen, dann führt wohl kein Weg an diesen Investitionen vorbei.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz einmal träumen: Es gelingt uns 2012, dass „Haus der Begegnung“ für einen Euro sowie einen jährlichen Betriebskostenzuschuss zu veräußern. Wir finden in den Folgejahren Trägervereine für den „Zollhof“, das DGH und die beiden Bäder und unterstützen diese ebenfalls mit jährlichen Betriebskostenzuschüssen. Unser Ergebnishaushalt wäre auf einen Schlag saniert. Zu schön, um wahr zu sein. Aber wirklich außerhalb jeder Vorstellungskraft? Lassen Sie diesen Gedanken einmal auf sich wirken...

Die von mir zuvor ausführlich dargestellten investiven Maßnahmen der letzten fünf Jahre müssen natürlich finanziert werden. **Seit 2006 wurden über 19 Mio. Euro für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommune verausgabt.** Eine Summe, deren Größenordnung zunächst einmal unglaublich erscheint. Wer aber die Ausgaben der jeweiligen Vermögens- bzw. Finanzhaushalte addiert stellt fest, dass sie stimmt.

**Von EU, Bund, Land und Kreis erhielten wir in diesem Zeitraum Zuschüsse von annähernd 8 Mio. €.** Nach meiner Einschätzung war es richtig, die Mittel der Ko-Finanzierung auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel der Kommune zu nutzen. Wenn wir nicht zugegriffen hätten und bereit gewesen wären, unseren Eigenanteil zu erbringen, wären diese Fördermittel anderen zugute gekommen. Wir aber müssten dann tatenlos zusehen, wie unsere Gemeinbedarfseinrichtungen langsam, aber sicher verfallen. Dies ist für mich allerdings keine verantwortungsbewusste Kommunalpolitik.

**Natürlich musste jede einzelne Investition auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden, insbesondere auch auf die Folgekosten hin.** Dies haben wir gemeinsam getan. Dies galt im Übrigen in der Vergangenheit und wird auch in der Zukunft so sein. Im Finanzhaushalt dürfen sich nur Projekte wiederfinden, die diese Stadt voranbringen bzw. uns von übergeordneter Stelle abverlangt werden. Die Pflicht muss erfüllt werden, dies fällt uns zukünftig schwer genug. Für die Kür stehen keine Mittel zur Verfügung.

**Wie haben sich die von mir dargestellten Investitionen auf die finanzielle Lage der Stadt Neustadt (Hessen) ausgewirkt?**

Vergleichen wir also den **Schuldenstand** zum Ende des Jahres **2005** – er betrug **5,2 Mio. Euro** – mit jenem zum Jahresende **2010** – der sich entsprechend der Planung auf rund **6,32 Mio. Euro** belaufen wird.

(Anm.: Bis zum 13.12.2010 mussten für dieses Jahr noch keine Kredite aufgenommen werden. Im I. Nachtrag ist eine Kreditaufnahme von rund 1 Mio. Euro (Nettoneuverschuldung 750.000,- Euro) vorgesehen. Insbesondere die vereinnahmte Erschließungspauschale für die EMAK-Kaserne (rund 460.000,- Euro), aber auch verbesserte Ergebnisse der Vorjahre ermöglichten diese Entwicklung. Bei der weiteren Abwicklung des Haushaltes 2010 muss aber damit gerechnet werden, dass von der Kreditermächtigung zumindest teilweise Gebrauch gemacht wird.)

**Es wäre allerdings nicht sachgerecht, die in den vergangenen fünf Jahren aufgenommenen Kredite einfach zur Verschuldung des Jahres 2006 hinzuzurechnen und es dann dabei bewenden zu lassen. Hier muss vielmehr differenziert werden.**



Da sind die **Belastungen des Konjunkturprogrammes II in Höhe von 850.000,- Euro**, die zwar zu den kommunalen Schulden zu zählen sind, für die wir aber „nur“ die Zinsen und 1/6 Tilgung tragen müssen, 5/6 der Tilgung trägt das Land.

Da ist der notwendige **Neubau der Kindertagesstätte „Regenbogen“** der die Kommune trotz enormer Zuschüsse mit rund **1 Mio. Euro** belastet.

Da sind so **nicht eingeplante Mehrkosten bei der Sanierung des Rathausdaches in Höhe von rund 250.000,- Euro**.

Da sind unsere Aufwendungen im Zusammenhang mit der **Konversionsmaßnahme Ernst-Moritz-Kaserne**. Immerhin auch über **60.000,- Euro**.

Da ist die Tatsache, dass wir die **mittlerweile aufgebrauchte städtische Rücklage** nur noch zum Teil zur Finanzierung investiver Maßnahmen einsetzen konnten, da wir einen großen Teil der Mittel, nämlich 1,5 Mio. Euro, zur Deckung des infolge der Doppik unausgeglichene Ergebnishaushaltes verwenden mussten und in der Folge eine höhere Kreditaufnahme notwendig wurde.

**Für investive Maßnahmen wurden in den letzten fünf Jahren im übrigen rund 2,385 Mio. Euro der Rücklage entnommen.**

Vergessen darf man zudem nicht, dass **in den letzten fünf Jahren rund 1,72 Mio. „Altschulden“ getilgt wurden.**

Wenn man die genannten Beträge berücksichtigt, dann ergibt sich also durchaus ein verändertes Bild und der Anstieg der Verschuldung erscheint in einem anderen Licht.

**Im Ergebnis vertrete ich die Auffassung, dass die getätigten Investitionen richtig waren. Sie waren notwendig, bringen unsere Stadt voran und sind auch zukünftigen Generationen gegenüber verantwortlich.** Was wir heute investieren, kommt unseren Nachkommen ebenfalls zugute. In dieser Einschätzung weiß ich mich mit Ihnen allen einig, schließlich haben Sie als Stadtverordnete die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

**Lassen Sie mich den Blick nun auf das vor uns liegende Haushaltsjahr 2011 richten.**

Zunächst gilt es hier den **Ergebnishaushalt** zu betrachten. Von besonderem Interesse ist hierbei natürlich die Höhe des leider nach wie vor vorhandenen **Defizites**.

Dieses wird 2011 voraussichtlich **1,27 Mio. €** betragen und macht erstmals die **Aufnahme von Kassenkrediten zur Deckung des Finanzmittelfehlbedarfes notwendig**.

**Was sind die Gründe für das erwartete Defizit?**

Auch wenn die Konjunktur mittlerweile wieder anzieht, so machen sich die **Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise** nach wie vor deutlich bemerkbar.

**Im Vergleich zum Jahre 2008 fehlen deutschlandweit 80 Milliarden. € an Steuereinnahmen.**

Dies macht sich natürlich auf allen staatlichen Ebenen negativ bemerkbar.

Wenn sich bei uns auch die Einnahmen in den Bereichen Gewerbesteuer (+ 70.000 Euro) und Schlüsselzuweisungen des Landes (+ 63.000 Euro) gegenüber 2010 stabilisiert bzw. leicht verbessert haben, so erreichen sie doch noch lange nicht das Niveau der Vergangenheit.

Bei der Ende November vorgenommenen Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes mussten wir aufgrund einer Mitteilung des HSGB bei den Einkommenssteueranteilen der Kommune sogar von einer Minderung um rund 112.000 € gegenüber diesem Jahr ausgehen. Somit hätten uns im Vergleich zum Jahre 2008 rund 1,4 Mio. € gefehlt. Kurzfristig erhielten wir allerdings in der letzten Woche die erfreuliche Mitteilung, dass wir nunmehr im Bereich der Einkommenssteueranteile von einer Verbesserung um etwa 1,5% ausgehen können. Mithin würde sich das Defizit um ca. 150.000 € reduzieren.

Aufgrund der Kürze der Zeit war es nicht mehr möglich, dies in den Ihnen ausgegebenen Unterlagen einzuarbeiten. Wir werden bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 10. Januar 2011 nachreichen. Im Ergebnis muss aber festgestellt werden, dass die gegenüber 2008 zu verzeichnenden Mindereinnahmen bei Gewerbesteuer, Einkommensteueranteilen und Schlüsselzuweisungen immer noch höher sind als unser ausgewiesener Fehlbetrag. Sie erkennen hieran, worin unsere aktuelle Misere begründet liegt.

Dass das Land Hessen den Kommunen die Ihnen zustehenden Anteile an den Steuermehreinnahmen nun bereits im kommenden Jahr und nicht erst 2012 auszahlt, ist vom Grunde her zu begrüßen. Es entspannt unsere Situation in 2011. Allerdings fehlen uns die Mittel dann ein Jahr später. Zudem werden auf diese Weise die Einschnitte durch die **Kürzung beim Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 345 Mio. Euro** zunächst nicht erkennbar.

Sichtbar wird allerdings bereits jetzt die sogenannte **Kompensationsumlage**, welche das Land zur Entlastung der Landkreise eingeführt hat, sie belastet uns mit **100.000,- Euro** zusätzlich.

**Daneben wirkt sich natürlich nach wie vor die Doppik negativ aus. Ich bleibe dabei: Diese Art der kaufmännischen Buchführung ist für die Kommunen nicht geeignet.** Es kann nicht richtig sein, dass selbst gut aufgestellte Verwaltungen wie die unserige erhebliche Mittel aufwenden müssen, um sich in einem solchen Umstellungsprozess beraten zu lassen. Es kann nicht sein, dass auch zwei Jahre nach Einführung der Doppik über 2/3 der Kommunen im Landkreis Marburg-Biedenkopf aufgrund des zu verarbeitenden Zahlenwustes bisher keine Eröffnungsbilanz erstellen konnte. Wir erwarten eine vorläufige Eröffnungsbilanz übrigens in diesen Tagen, werden aber auch noch 2011 Beratung bedürfen. Hierfür haben wir einen Betrag von 15.000,- Euro in den Haushalt eingestellt. Die Frage, ob es besser gewesen wäre, sich bereits von Anbeginn an der Hilfe Dritter zu bedienen, ist heute müßig. Die Entscheidung wurde seinerzeit aufgrund der damals bekannten Parameter so getroffen, wir müssen nun den Prozess zielgerichtet abschließen.

**Hätten wir die Einnahmen des Jahres 2008 und gäbe es die Doppik nicht, dann wäre, dessen bin ich mir sicher, unser Haushalt – trotz beispielsweise erhöhter Kreis- und Schulumlage, trotz gestiegener Personalkosten und trotz erhöhter Energiekosten - nach wie vor ausgeglichen.**

Hier muss der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene endlich handeln. **Es bedarf einer grundlegenden Änderung des kommunalen Finanzausgleichs und die Doppik gehört für die Kommunen wieder abgeschafft.** Zudem müssen endlich die vom Gesetzgeber vorgegebenen Standards in den verschiedensten Bereichen **überdacht werden.** Ich nenne beispielhaft die Kindergärten und Feuerwehren. Es ist leicht um „grünen Tisch“ Vorgaben zu machen, deren Umsetzung man nicht bezahlen muss. So konnte mir etwa noch niemand erklären, warum wir 2012 bei den Feuerwehren unbedingt den digitalen BOS-Funk einführen müssen. Ich weiß nur, dass diese Maßnahme unsere Kommune mit rund 100.000,- Euro belasten wird.

**Im Ergebnishaushalt 2011 finden Sie zu großen Teilen eine Fortschreibung der Zahlen des Jahres 2010.** Dies ist auch nicht verwunderlich, sondern den Tatsachen geschuldet. Wo nötig haben wir aufgrund der Ausgabenstände des Monats November 2010 Anpassungen nach unten bzw. oben vorgenommen.

Bei den **Personalkosten** gehen wir von einer Steigerung von 1,5 % (+ 50.000 Euro) aus, allerdings konnte diese Erhöhung durch Personaleinsparungen teilweise kompensiert werden.

Im Bereich des **Forstes** werden wir die unwetterbedingten Einnahmen des Jahres 2010 natürlich bei weitem nicht erreichen. Wir gehen aber davon aus, dass sich der ausgewiesene Gewinn von 30.000 Euro realisieren lässt.

Erwähnen möchte ich von den Ansätzen des Ergebnishaushaltes nur noch das vorgesehene integrierte ländliche Entwicklungskonzept (**SILEK**). Dieses bietet uns die Möglichkeit, mit einer 75 %-Förderung des Landes wichtige Themenstellungen wie die Fragen der zukünftigen Agrarstruktur, den verstärkten Einsatz regenerativer Energien und die Natur als Erholungsraum vertiefend aufzuarbeiten. **Hierfür ist es notwendig, dass es uns gelingt genügend Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit zu gewinnen.**

Um angesichts des Defizits im Ergebnishaushalt zahlungsfähig zu bleiben und zur Vorfinanzierung der Konversionsmaßnahme Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne, wird es notwendig, den **Höchstbetrag der Kassenkredite** auf 2.500.000 € festzusetzen.

Desweiteren haben wir in der Haushaltssatzung die Beträge zur **Festlegung der Unerheblichkeitsgrenze** gemäß § 114 g Abs.1 HGO von 3.000,- € auf 5.000,- € für überplanmäßige Aufwendungen und von 5.000,- € auf 10.000,- € für überplanmäßige Auszahlungen angehoben. Dies ist Ausfluss aus den bisherigen Erfahrungen mit der Handhabung des neuen Haushaltswesens und ermöglicht der Verwaltung ein schnelleres Handeln.

#### **Der unausgeglichene Ergebnishaushalt macht erneut ein Haushaltssicherkonzept notwendig.**

Dieses ist in diesem Jahr sehr ausführlich ausgefallen. Auf diese Weise wird Ihnen die Möglichkeit eröffnet, sich ein umfassendes Bild über die aktuelle Situation der Kommune zu machen. Neben Ausführungen zur allgemeinen finanziellen Situation der Kommune blicken wir zunächst auf die Umsetzung des Konsolidierungskonzeptes 2010 zurück. **Es war richtig, dass wir dessen Vorgaben regelmäßig im Haupt- und Finanzausschuss behandelt haben und hieraus dann gemeinsam die notwendigen Beschlussempfehlungen auf den Weg brachten. Auch die diesbezügliche Einmütigkeit aller Amts- und Mandatsträger ist Beleg dafür, dass es allen tatsächlich um die Sache ging. Keiner hat auf kurzfristige parteipolitische geschielt. Behalten wir dies auch in den Wochen vor der anstehenden Kommunalwahl bei.** Weiterhin finden Sie im Haushaltskonsolidierungskonzept die neuen Vorschläge des Magistrates für zukünftige Einsparungen und Einnahmeverbesserungen. Ausdrücklich stelle ich fest, dass es sich hierbei zunächst nur um eine Ansammlung von Ideen handelt, die natürlich noch der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung am 31. Januar 2011 bedürfen. Sie ist zudem nicht abschließend und kann, ja soll sogar, von Ihnen ergänzt werden. **Haushaltskonsolidierung geht uns schließlich alle an.** Sie war in der Vergangenheit nicht nur Sache der Mehrheit und sollte es auch zukünftig nicht bleiben.

**Sparen und Einnahmen verbessern, das ist allerdings ein hartes Brot und ruft durchaus Protest hervor.** Ich setze aber darauf, dass sich letztlich die Vernunft durchsetzt. **Man kann nicht auf Dauer mehr Geld ausgeben, als man einnimmt.** Diese Binsenweisheit gilt für die Familie ebenso wie für die Kommune.

Proteste, zum Teil in nicht akzeptablen Ton, haben wir beispielsweise bei der „Testphase“ der teilweisen Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung erlebt. Hierzu nur soviel: Die eingegangenen Reaktionen und die Unterschriftensammlung werden bei der Entscheidungsfindung natürlich ebenso berücksichtigt wie technische Möglichkeiten zur Einsparung. Der Magistrat wird die notwendigen Punkte erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung im I. Halbjahr 2011 zur Entscheidung vorlegen.

**Sparen und Einnahmen verbessern heißt eben auch, lieb gewonnene Dinge aus der Vergangenheit auf ihre heutige Notwendigkeit hin zu hinterfragen** und die vielfältigen kostenlosen Dienstleistungen der

Kommune auf deren ursprünglichen Aufgabenbereich zurück zu führen. **Wir müssen uns als Stadt zukünftig auf unser Kerngeschäft beschränken.** Das umfassende Anspruchsdenken werden wir nicht mehr in der bisherigen Weise erfüllen können. **Wir alle wissen dies, wir müssen es aber auch nach außen vertreten.**

**Sparen und Einnahme verbessern heißt aber ausdrücklich nicht, bewährte soziale Strukturen etwa in der Vereinsförderung einfach ersatzlos zu streichen.** Auch hier muss in Gesprächen allerdings verdeutlicht werden, dass sämtliche Förderung der Kommune derzeit fremdfinanziert werden muss. **Für den Magistrat wäre beispielsweise eine „aktivierende Vereinsförderung“ nach dem Motto „fördern und fordern“ vorstellbar.** Sie ist auch weitaus besser, als bloßes Kürzen nach der hinlänglich bekannten und leider auch von oberer Stelle angeratenen „Rasenmähermethode“. Wen die Stadt mit Zuschüssen unterstützt, der könnte verbindlich Patenschaften übernehmen oder sich bei Veranstaltungen aktiv und auch einmal kostenfrei einbringen. Hier gibt es bereits positive Beispiele. Wir müssen sie ausbauen.

**Sparen und Einnahmeverbessern ist zwingend notwendig, um die Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht zügig und ohne Auflagen zu erhalten.** Wer zukünftig überhaupt noch freiwillige Leistungen der Kommune möchte, der muss bereit sein, vertretbare Einschnitte vorzunehmen. Sparen und Einnahmeverbessern heißt, im Einzelfall auch den **Mut zu unpopulären Entscheidungen** aufzubringen.

Dies gilt auch für Gebührenanpassungen oder Steuererhöhungen. In diesen Bereichen müssen wir stets schauen, dass der Abstand zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht zu groß wird. **Es ist besser Gebühren regelmäßig zu überprüfen und bei Bedarf zu handeln, als über einen längeren Zeitraum nichts zu tun und dann die „Gebührenkeule“ schwingen zu müssen.** In den letzten Jahren haben wir uns dementsprechend verhalten und konnten daher mit den getroffenen Entscheidungen vor dem Bürger bestehen. In Bereichen wo wir unter dem Landes- bzw. Kreisdurchschnitt liegen gibt es aufgrund der Leitlinie des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport Handlungsbedarf.

**Konkret regt der Magistrat daher an, den seit dem Jahr 2000 unveränderten Gewerbesteuerhebesatz – derzeit 310 % in Neustadt (Hessen), kreisweit 316 % - in zwei Schritten um jeweils 5 % anzupassen.**

**Weiterer Handlungsbedarf wird bei der Verwaltungskostensatzung und den Saison- bzw. Jahreskarten für die Bäder gesehen.** Hingegen sollen die **Grundsteuern A und B nicht verändert** werden. Hier liegen wir leicht über den aktuellen Durchschnittswerten.

Mir ist bewusst, dass unser Spielraum beim Sparen und Einnahmeverbessern nicht allzu groß ist und wir selbst bei vollständiger Umsetzung der Vorschläge „nur“ von einer Summe reden, die gerade einmal 15-20 % des Defizits ausmachen dürfte. **Zumindest kurzfristig – und dies können Sie der Schlussbetrachtung des Haushaltssicherungskonzeptes entnehmen - erwarten wir, wie so viele andere Kommunen auch, leider keinen Haushaltsausgleich. Selbst wenn wir alle freiwilligen Leistungen streichen würden, verbliebe – wie sie dort ebenfalls entnehmen können – immer noch ein Defizit von 392.000 Euro.** Diese Feststellung ist betrüblich, aber es hilft nichts, die Tatsachen zu verdrängen.

**Solange sich die Einnahmesituation der Kommune nicht nachhaltig und stetig verbessert, d. h. zumindest die Werte des Jahres 2008 erreicht werden, wird der „kleine Segler Neustadt“ sich nicht aus diesem negativen Sog befreien können.** Ob der von Ministerpräsident Bouffier ins Spiel gebrachte „Schutzschirm für Kommunen“ das Licht am Horizont ist, muss sich erst noch zeigen. Hier kommt es entscheidend auf die Ausgestaltung an.

Trotz dieser Rahmenbedingungen müssen wir aktiv werden. Ein Haushaltskonsolidierungskonzept, das nur bloße Absichtserklärungen enthält, aber keine konkreten Zielsetzungen aufzeigt, wird seitens der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden. Handeln wir also selbst, bevor uns andere verbindlich vorgeben, was wir tun sollen.

Wenden wir unseren Blick nun auf den **Finanzhaushalt 2011**. Bei seinem Entwurf hat sich der Magistrat auf die aus seiner Sicht notwendigen Maßnahmen zur Weiterentwicklung unserer Kommune bzw. gesetzliche Notwendigkeiten beschränkt.

Zu deren Finanzierung ist eine **Kreditaufnahme von 2.136.304 €** nötig.

**Die für das kommende Jahr vorgesehene Tilgung beträgt 313.350 Euro.**

**Die Nettokreditaufnahme beläuft sich somit auf 1.822.954,- € Euro.** Ein Zahl, die uns alle zunächst einmal ungläubig schauen lässt.

Um ein korrektes Bild zu erhalten und den genannten Betrag bewerten zu können, müssen Sie hiervon zunächst rund **462.082,- Euro in Abzug** bringen, die wir als Erschließungskostenpauschale von den Grundstückserwerbern im Bereich der **Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne** bereits 2010 erhielten, ohne dass hierfür eine Bautätigkeit stattfand. Hier wurde uns quasi ein Vorschuss gegeben, der in diesem Jahr kassenwirksam wurde, aber dem erst 2011 Ausgaben gegenüberstehen. Diese Mittel haben es uns ermöglicht, in 2010 bisher keinen Kredit aufnehmen zu müssen.

Das größte Investitionsvolumen des kommenden Jahres, welches die Kommune alleine schultert, stellt die **Errichtung von Photovoltaikanlagen** auf der Kindertagesstätte „Regenbogen“, dem Kindergarten „Sonnenschein“, dem Jugendraum in der Kernstadt, dem Hallenbad und dem Feuerwehrhaus in Mengersberg dar. Hierfür ist nach der Erstattung der Mehrwertsteuer ein Betrag von **583.000,- Euro** vorgesehen. Neben Zins und Tilgung soll die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung noch einen Gewinn von zumindest 150.000 Euro bei 20 jähriger Nutzungsdauer erbringen. Bei unseren Planungen haben wir konservativ kalkuliert und lassen uns gerne positiv überraschen. Dieser Teil der Kreditaufnahme ist solide gegenfinanziert. Spätestens nach 17 Jahren rechnen wir bei vorsichtiger Betrachtung mit einem Jahresüberschuss von rd. 50.000,- Euro. Wir sehen dieses Vorhaben auch als Beitrag der Kommune zur zum Landkreis Marburg-Biedenkopf propagierten „Energiewende“.

Für den **Neubau von Kindertagesstätte „Regenbogen“ und städtischer Bücherei** sind 2011 nochmals **350.000,- Euro** aufzubringen.

**Bringt man die genannten Summen in Abzug, dann verbleibt eine Nettoneuverschuldung von rund 430.000,- Euro.** Diese ist zweifellos immer noch zu hoch. Aber schauen Sie sich an, für was diese Gelder nach Vorstellung des Magistrats verausgabt werden sollen. Sie finden die einzelnen Projekte detailliert am Ende des Haushaltssicherungskonzepts beschrieben.

Mit den „dicksten Brocken“ will ich Sie dennoch vertraut machen:

Beim **Straßenbau** schlagen wir Ihnen entsprechend unserer Prioritätenliste die grundhafte Erneuerung der Straße „**Im Hattenrod**“ – wir hoffen hier auf GVFG-Fördermittel - und der „**Teichstrasse**“ in Momberg vor. Diese beiden Straßen weisen dringenden Sanierungsbedarf auf. **Das ursprünglich auch vorgesehene „Heidental“ soll nach unserer Vorstellung nochmals geschoben werden.** Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation werden wir nicht umhin kommen, die ambitionierten Vorgaben der Prioritätenliste „Straßenbau“ zu Beginn der kommenden Legislaturperiode zu überarbeiten. Das Tempo der letzten Jahre werden wir hier nicht aufrecht erhalten können, mag dies eigentlich auch notwendig sein.

In der „**Teichstraße**“ muss auch die **Wasserversorgung** erneuert werden.

Gesetzliche Auflagen verpflichten uns, im Bereich des „**Erksdorfer Weges**“ eine **Löschwasserzisterne** zu errichten, im Bereich der „**Rotenbergstraße**“ in Mengersberg eine **Gewässerverrohrung** zu sanieren und im **Hochbehälter Speckswinkel** die Pumpe auszutauschen.

Die **Sanierung der Büroräume bzw. des Nassbereiches im Rathausnebengebäude** ist längst überfällig. Hierfür sind 10.000,- Euro vorgesehen.

Beim **Radweg D 4** hoffen wir, dass 2011 der zugesagte Ausbau von Stadtallendorf über Neustadt nach Schwalmstadt stattfindet.

Die **Dorferneuerung in Momberg** soll mit mehreren Maßnahmen – Schadenskartierung Backhaus, energetische Sanierung Kindergarten und grünordnerische Maßnahmen – fortgeführt werden.

Alles Maßnahmen, die sinnvoll und notwendig sind.

So verhält es sich aus Sicht des Magistrats auch mit dem Ansatz für den **Bau eines Ölabscheiders und einer Fahrzeughalle auf dem Bauhof in der Hindenburgstraße. Hierfür sind 95.000,- Euro vorgesehen. Alternativen haben wir geprüft, aber keine gefunden.** Der Ölabscheider (45.000,- Euro) ist uns durch die Wasserbehörde aufgegeben. Eine Waschanlage stellt leider keine Alternative dar. Sie kann unseren Bagger oder auch den Unimog gar nicht oder nur schwerlich reinigen und auch der Betreiber einer solchen Anlage will hierfür Geld. Zudem sind die Fahrtkosten in Rechnung zu stellen. Die Halle (50.000,- Euro) ist nötig, um die Gerätschaften vor den Einflüssen der Witterung zu schützen. Wir haben uns nach Mietpreisen erkundigt. Das Geringste waren 2,50 Euro/qm. Wir benötigen rund 150 qm. Mithin würden pro Jahr 4.500,- Euro anfallen. Beurteilen Sie selbst, ob dies auf die Dauer wirtschaftlich ist. Ich verweise zudem darauf, dass schon im Haushalt 2008 Planungskosten für das Vorhaben etatisiert waren und bereits 2009 der Ölabscheider gebaut werden sollte bzw. die Halle als investives Vorhaben für die Zukunft angekündigt würde. Die seinerzeitigen Beschlüsse fielen einstimmig aus. Wir haben es zweimal verschoben, nun aber ist Handlungsbedarf gegeben. Die heutigen Ansätze basieren auf aktuellen Kostenberechnungen.

Neben den im Haushaltsplan 2011 etatisierten Projekten werden auch noch einige Projekte aus dem Jahre 2010 fortgeführt. Stellvertretend nenne ich die weitere energetische Sanierung des Hallenbades und die Umgestaltung des Teiches in Mengersberg.

**Lassen Sie mich schließen mit einigen Gedanken zur weiteren finanziellen Entwicklung unserer Kommune.**

**Uns allen muss bewusst sein, dass wir den Weg der Neuverschuldung so nicht weitergehen können.** Die im Haushalt aufgeführten investiven Ansätze für die Jahre 2012-2014 werden so nicht umzusetzen sein. Dies wäre nicht zu verantworten. Der Magistrat sieht diese Aufzählung vielmehr als Information an Sie, die Damen und Herren Stadtverordneten. Wir wollen zunächst einmal aufzeigen, wo überall Handlungsbedarf besteht. Gemeinsam müssen wir in den kommenden Monaten und Jahren entscheiden, was davon tatsächlich Realität werden kann. Ich bin mir sicher, dass dies ein hartes Ringen geben dürfte, **aber wir werden nicht umhin kommen, Prioritäten festzulegen. Es muss unser Ziel sein, die Nettoneuverschuldung kurzfristig deutlich abzusenken und sie binnen weniger Jahre auf „0“ zurück zu führen.** Dies wird ein schwieriges, aber notwendiges Unterfangen.

**Tun wir dies nicht, dann wird unser „kleiner Segler Neustadt“ unweigerlich kentern. Dazu bin ich als dessen Kapitän nicht bereit und Sie sicher auch nicht.**

**Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die Zahl künftiger Projekte im Finanzhaushalt sehr spärlich ausfallen wird. Gesetzliche Pflichtaufgaben und Unterhaltungsarbeiten: mehr geht nicht.** Sollte es aber keine nachhaltige Verbesserung der Kassenlage geben, werden wir selbst hier nicht alles umsetzen können, was eigentlich notwendig wäre. Dies sind bittere Worte, aber sie müssen an dieser Stelle gesagt werden.

Lassen Sie mich mit einem Zitat des deutschen Unternehmers **Herbert Gienow** enden:

**„Das Wort Problem würde ich in meinem Unternehmen am liebsten verbieten. Probleme machen Angst. Wer stattdessen Aufgaben sagt, der schafft Mut.“**

Vor uns allen liegen fürwahr große Aufgaben. Gehen wir mutig an deren Bewältigung.

Neustadt (Hessen), im Dezember 2010

Thomas Groll  
Bürgermeister